



Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31. Dezember 2011

Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31.12.2011

1. Lagebericht
2. Bilanz zum 31.12.2011
3. Erfolgsrechnung 2011
4. Finanzrechnung 2011
5. Erläuterungen zur Bilanz
6. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung
7. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Lagebericht der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2011

Die Berliner Wirtschaft 2011

2011 war für die Berliner Wirtschaft ein erfolgreiches Jahr. Nach einem Zuwachs von 2,7 Prozent im Jahr 2010 ist die Berliner Wirtschaft mit geschätzten gut zwei Prozent auch 2011 auf dem Wachstumspfad geblieben. Dennoch ist der Abstand zum Bund - der um 3,0 Prozent zulegen konnte - wieder etwas größer geworden. Dies lag neben dem stärkeren Aufholprozess der anderen Bundesländer nach der Wirtschaftskrise 2009 auch am geringeren Exportwachstum der Berliner Wirtschaft.

Gleichwohl konnte der Wirtschaftsstandort Berlin nicht nur bei der Bevölkerungsentwicklung, sondern auch bei Unternehmensansiedlungen und Investitionen punkten. So zogen im ersten Halbjahr 2011 bereits mehr Menschen nach Berlin als im gesamten Vorjahr – so viele wie seit Anfang der 90er Jahre nicht mehr. Zugleich verbuchte die Berlin Partner GmbH bei Investitionen und neu geschaffenen Arbeitsplätzen Rekorde.

Die Ergebnisse der regelmäßigen Konjunkturumfragen der IHK Berlin deuten darauf hin, dass sich das Wachstumstempo 2012 zwar nochmals verlangsamen dürfte, Berlins Wirtschaft aber wohl keine Rezession erleiden wird. Auch die Unternehmensangaben zu Beschäftigung und Investitionen lassen für 2012 auf eine eher stabile Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Berlin schließen.

Die gute konjunkturelle Entwicklung hat sich auch auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt. Wie schon in den Vorjahren erlebte die Berliner Wirtschaft 2011 einen rasanten Beschäftigungszuwachs, mit dem andere Bundesländer nicht mithalten konnten. Seit 2008 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berliner Unternehmen um über elf, bundesweit dagegen nur um sieben Prozent gestiegen. Darin zeigt sich neben der Krisenfestigkeit der Wirtschaft auch eindeutig die hohe Attraktivität Berlins für Fachkräfte.

Dennoch ist eine der größten Herausforderungen für den nach der Abgeordnetenhauswahl 2011 neu gebildeten Senat die Senkung der Arbeitslosenquote. Denn trotz der vielen neuen Stellen profitierten Berliner Arbeitslose kaum von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Noch immer liegt Berlin bei der Arbeitslosenquote im Bundesländervergleich an letzter Stelle.

Hier sind deutlich mehr Anstrengungen gefordert, um die hohe Beschäftigungsnachfrage der Unternehmen besser bedienen zu können. Unterstützt vom Ausschuss Wirtschaftspolitik und vom Arbeitskreis Arbeitsmarktpolitik hat die IHK Berlin dazu umfangreiche Ideen erarbeitet.

Auch die häufig mit Arbeitslosigkeit einhergehende Schwarzarbeit gilt es stärker in den Fokus zu nehmen. Noch immer bleiben die Ermittlungserfolge in Relation zum tatsächlichen Umfang der Schattenwirtschaft ein Tropfen auf den heißen Stein. Gemeinsam mit der Handwerkskammer hat die IHK daher acht Vorschläge unterbreitet, mit denen eine bessere Prävention und Verfolgung illegaler Beschäftigung möglich ist. Die neue Koalition hat davon bereits zum Beispiel den Aufbau einer zentralen Bußgeldstelle und die Unterstützung brancheninterner Instrumente aufgegriffen.

Ein Trend, der sich bereits in den vergangenen Jahren abzeichnete, hat sich 2011 nochmals verstärkt: Die Fachkräftesicherung wird für immer mehr Unternehmen zur großen Herausforderung. Mit 41,1 Prozent berichteten so viele Firmen wie noch nie über offene Stellen, die nicht besetzt werden könnten. Vor allem Bau- und Gastgewerbe, aber auch die Industrie sind betroffen. Ob verstärkte Ausbildung, passgenaue Vermittlung, gezielte Akquise von Studierenden, die Aktivierung älterer Arbeitnehmer oder Möglichkeiten zur Beschäftigung ausländischer Fachkräfte – die IHK stand der Wirtschaft beratend zur Seite und forderte entsprechende Rahmenbedingungen von der Politik ein.

Dabei durchzog auch der Aspekt der Integration viele Aktivitäten. So machte die IHK Berlin verstärkt Jugendliche mit Migrationshintergrund auf die Vorteile der Dualen Ausbildung aufmerksam. Und mit dem Angebot des Business Immigration Service trug sie zu einem leichteren Start für ausländische Investoren, Unternehmer sowie Fach- und Führungskräfte in den Berliner Wirtschafts- und Arbeitsmarkt bei. Zudem setzte die IHK sich bei der Berliner Politik für eine zügige Abstimmung zum so genannten Anerkennungsgesetz ein, das ausländischen Fachkräften die Chance auf eine ihren Qualifikationen und Kompetenzen entsprechende Beschäftigung eröffnet.

Die verstärkten Aktivitäten zur Fachkräftesicherung werden auch den Berliner Clustern und Kompetenzfeldern zugutekommen. Mit der Weiterentwicklung der Clusterstrategie schärft Berlin sein Wirtschaftsprofil und etabliert sich im nationalen wie internationalen Standortwettbewerb. Die IHK Berlin hat sich dafür stark gemacht, neben den bereits bestehenden Schwerpunkten Logistik/Mobilität, Gesundheits- und Kreativwirtschaft künftig auch die Green Economy zu einem Cluster auszubauen und mit geeigneten Strukturen zu versehen.

Zentrale Grundlage für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Standorts ist die Stärkung der industriellen Basis. Die IHK Berlin hat deshalb darauf gedrungen, die im Masterplan Industrie festgelegten Ziele energischer umzusetzen. Erfreulich ist, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie leicht gestiegen ist. Für eine dynamische Entwicklung der Industrie braucht es vor allem auch qualifizierte Flächen. Unter Einbeziehung des Know-hows der IHK Berlin hat das Land Berlin daher einen neuen Stadtentwicklungsplan Industrie und Gewerbe verabschiedet.

Dank einer engen Prozessbegleitung durch die IHK Berlin ist die Nachnutzung des Flughafens Tegel als zukunftssicherer Industrie- und Forschungsstandort vorangekommen. Das Abgeordnetenhaus stimmte u. a. der Änderung des Flächennutzungsplans zu. Die Aufstellung der Bebauungspläne ist angelaufen, ein Standortprofil wurde erarbeitet und ein Geschäftsbesorger zur Entwicklung der Flächen eingesetzt. Dagegen muss über die Zukunft des ehemaligen Tempelhofer Flugfeldes weiter nachgedacht werden.

Gleichzeitig nähert sich mit dem Flughafen Berlin Brandenburg das künftige internationale Aushängeschild der Hauptstadtregion seiner Vollendung. Weil 2011 mit 24 Millionen Fluggästen für den Luftverkehr erneut ein Rekordjahr war, planen die größten deutschen Airlines den weiteren Ausbau ihrer Kapazitäten. So wird Air Berlin den neuen Flughafen zum internationalen Drehkreuz und Langstreckenstartpunkt entwickeln.

Ein Schwerpunkt der IHK-Tätigkeit waren auch Gespräche mit dem Senat zur Vereinfachung von Verwaltungsverfahren und zur Entlastung der Betriebe von unnötiger Bürokratie. So wurde eine einheitliche Struktur für die Fachämter und Aufgabenbereiche in den Bezirksämtern eingeführt. Gerade dann, wenn ein Anliegen die Kontaktaufnahme mit mehreren Bezirksämtern erforderte, entstanden für die Berliner Unternehmen in der Vergangenheit immer wieder Schwierigkeiten. Die vereinheitlichte Ämterstruktur wird den Kunden die Orientierung nun wesentlich erleichtern.

Auch die Forderung der Wirtschaft nach zentralen Anlaufstellen wurde mit der Überführung der Behördenrufnummer 115 in den Regelbetrieb erfüllt. Hier können nun zahlreiche Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam in Anspruch genommen werden. Andere kundenorientierte Servicestellen wie der Einheitliche Ansprechpartner und der Unternehmensservice wurden weiter verbessert.

Mit ca. 150 Stellungnahmen zu Bauleitplänen hat die IHK Berlin die bauliche Entwicklung der Stadt im Gesamtinteresse der Wirtschaft beeinflusst. Damit konnte die IHK maßgeblich dazu beitragen, dass sich die wirtschaftsnahe Infrastruktur weiter entwickelte. Um das Baurecht wirtschaftsfreundlicher zu gestalten, hat sich die IHK auch in den Diskussionsprozess zur Novellierung der Baunutzungsverordnung eingebracht. Die Änderungsvorschläge befassten sich dabei unter anderem mit der Aufhebung der Obergrenzen für bauliche Nutzungsmaße oder der Einschränkung von Einzelhandelsbetrieben in Industriegebieten. Zudem machte sich die IHK Berlin für die bessere Koordinierung von Baustellen und eine Verkürzung von Bauzeiten stark.

Mit dem nun feststehenden Weiterbau der Stadtautobahn A 100 konnte die IHK Berlin einen verkehrspolitischen Erfolg feiern. Mit den nunmehr politisch festgeschriebenen Zielen, den geplanten Abschnitt von Neukölln bis Treptow zu bauen und den nächsten Abschnitt bis Lichtenberg in der Investitionsplanung des Bundes zu sichern, wurde den Forderungen der Wirtschaft voll entsprochen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der IHK war es, die Attraktivität der vielen Stadt- und Stadtteilzentren mit ihrer Mischung aus Gastronomie, Einzelhandel, Dienstleistungen, Kultur- und Freizeitangeboten in der Metropole Berlin zu steigern. Der von der IHK Berlin mitentwickelte Stadtentwicklungsplan Zentren erwies sich dabei als wertvolles Instrument.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der IHK Berlin 2011

Geschäftsverlauf, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die im Jahr 2010 begonnene finanzielle Entlastung der Mitglieder wurde auch im Geschäftsjahr 2011 fortgesetzt. Nach einem Entlastungsvolumen von 2,5 Mio. € im vergangenen Jahr, erfolgte im Geschäftsjahr 2011 eine weitere Entlastung in Höhe von mehr als 11 Mio. €. Die Umlage wurde um 29 Prozent auf 0,28 Prozent des Gewerbeertrages bzw. Gewinns, die Grundbeiträge in den einzelnen Beitragsstaffeln um 20 Prozent reduziert und die Kriterien für die Veranlagung von Großbetrieben an das Handelsgesetzbuch angepasst. Diese Entwicklung ist nur durch den langjährigen konsequenten Sparkurs sowie die gute konjunkturelle Entwicklung der Berliner Wirtschaft in den Jahren 2004 bis 2010 möglich geworden. Die Zunahme der Nachveranlagungsvolumina bei den Umlagen aus Vorjahren und bei den Grundbeiträgen des laufenden Jahres sind eindeutige Zeichen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Hauptstadt. Die positive

wirtschaftliche Entwicklung hat sich nicht nur auf das Beitragsaufkommen und damit auf die Ertragslage sondern auch auf die Finanz- und Vermögenslage ausgewirkt. So konnte der in den letzten Jahren begonnene Prozess der Vermögensbildung fortgesetzt werden, um den errechneten Bedarf – erforderliche Rückstellungen und Vorsorgerücklagen - abzusichern.

Die vorzuhaltende Ausgleichsrücklage und die freiwilligen Rücklagen zur Vorsorge wurden aufgestockt. Der vorgesehene Bedarf ist aber noch nicht erreicht. Ermöglicht haben den Vermögensaufbau die Ergebnisverwendung 2010, die Mehrerträge aus dem Beitrag, Gebühren, Entgelte und die sonstigen betrieblichen Erträge (überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungspositionen).

Das Bilanzvolumen der IHK Berlin ist gegenüber dem 31. Dezember 2010 um 22,3 Mio. € auf 242,8 Mio. € gestiegen. Die Zunahme basiert überwiegend auf der Zunahme des Anlage- und Umlaufvermögens mit entsprechendem Anstieg des Eigenkapitals und der Pensionsrückstellungen. Auf der Aktivseite steigen die Finanzanlagen um 16,8 Mio. €. Vom Finanzanlagevermögen entfallen 83,8 Mio. € auf zwei der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen. Die Darlehensgewährungen erfolgten im Rahmen der Finanzierung des Ludwig Erhard Hauses. Der Zuwachs bei den Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt 17,7 Mio. € und resultiert aus der Umwidmung von neu angelegtem Umlaufvermögen. Das Umlaufvermögen steigt um 4,88 Mio. € auf 52,4 Mio. €. Eine weitere Umwidmung von flüssigen Mitteln in Finanzanlagen zur Deckung der für die Vorsorge erforderlichen Rücklagen und Rückstellungen erfolgte wegen des geringen Zinsniveaus und der damit erzielbaren Renditen sowie wegen der Überprüfung der Anlagenstrategie nicht.

Auf der Passivseite erhöht sich das Eigenkapital durch die planmäßigen Zuführungen zu den Rücklagen und das Ergebnis 2011 um 29,0 Mio. € auf 125,5 Mio. €. Es ist vorgesehen, das Ergebnis (8,3 Mio. €) vollständig den Rücklagen zuzuführen. Die Rückstellungen nahmen um 2,2 Mio. € auf 46,0 Mio. € ab; davon entfallen 43,2 Mio. € auf Pensionsrückstellungen. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Pensionsrückstellungen um 0,7 Mio. €. Die Verbindlichkeiten haben aufgrund der planmäßigen Tilgungen um 4,2 Mio. € auf 69,0 Mio. € abgenommen. Davon entfallen auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 68,0 Mio. €, die ausschließlich zur Finanzierung des LEH aufgenommen wurden.

Die Ertragslage ist erheblich durch die Beiträge geprägt. Sie tragen mit 74,1 % zu den Betriebserträgen bei. Auf Umlagen entfallen 58,5 % und auf Grundbeiträge 41,5 % des Beitragsaufkommens. Die Mehrerträge bei den Beiträgen werden zur Kapitalbildung verwandt (in Form von Zuführungen zu den Rücklagen).

Die zweitgrößte Ertragsposition sind die Gebühren (10,0 Mio. €), die die IHK Berlin für hoheitliche Tätigkeiten erhebt. Davon entfallen 84,4 % auf die Betreuungs- und Prüfungsgebühren der Berufsaus- und -weiterbildung. Die sonstigen Gebühren setzen sich aus den Prüfungs- und Unterrichtsgebühren der Sach- und Fachkunde und den Beglaubigungen von Außenhandelsdokumenten sowie der Aufgabe „Registrierung der Versicherungsvermittler“ zusammen.

Die Entgelte und sonstigen betrieblichen Erträge tragen mit 8,7 Mio. € zu den Betriebserträgen bei. Die Erträge aus Entgelten haben daran einen Anteil von 2,3 Mio. €. Die Erträge aus Entgelten setzen sich überwiegend aus Entgelten aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen (91,8 %) zusammen. Der Betrieb des LEH steuert zu den Nebenerlösen 2,5 Mio. € bei. Mit insgesamt 6,4 Mio. € überschreiten die sonstigen betrieblichen Erträge den Planansatz um 3,7 Mio. €, was überwiegend auf die Veränderungen der Rückstellungen und den über den Planansätzen liegenden Erlösen aus den Betriebskosten und der kurzfristigen Vermietung im LEH zurückzuführen ist. Die Mehrerträge werden zur Kapitalbildung verwandt.

Unter den Betriebsaufwendungen bilden der Personalaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 14,6 Mio. € bzw. 23,5 Mio. € die größten Posten. Von dem Personalaufwand entfallen auf Gehälter (einschl. Aushilfen, Altersteilzeit, Veränderung der Personalrückstellungen) 11,8 Mio. €. Von den Aufwendungen für Gehälter entfallen 287,0 T€ auf rücklagenfinanzierte Maßnahmen für die Umstrukturierung und Steigerung der Qualität des Personals, so dass die Aufwendungen für Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen 11,5 Mio. € betragen. Zum Jahresende waren 234 Mitarbeiter beschäftigt, dies entspricht einer Personalkapazität von 215,15.

Für die Veränderungen der Pensionsverpflichtungen waren gemäß der Methodenänderung nach BilMoG 0,6 Mio. € beim Personalaufwand und im Finanzergebnis 2,1 Mio. € für die Aufzinsung aufzubringen. Der Betrag schließt die Aufwendungen für die Ruhegehälter und die Hinterbliebenenversorgung mit ein. 478 Personen haben Anspruch auf eine Altersversorgung.

Die Aufwendungen für die Leasingraten des LEH, des Erbbauzins und der Miete für die 1,5 Etagen im Gebäude Hardenbergstraße 16 - 18 haben mit 11,4 Mio. € einen Anteil von 48,6 % an den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Für die outgesourcten Dienstleistungen (operativen Dienstleistungen für das LEH und dessen Steuerung, Expedition, EDV, Berlin Partner GmbH, Rechts- und Beratungskosten) fielen 3,8 Mio. € an. Für die Instandhaltung des LEH, der Geschäftsausstattung, für Wartungsverträge für Hard- und Software waren insgesamt 1,7 Mio. € aufzubringen. Davon entfielen 1,0 Mio. € auf Instandsetzungsmaßnahmen für das LEH, wie Gebäudeabdichtung der Zufahrt Nord-Ost,

Abwasserstrangsanierung, Brandschutzertüchtigung von Sanitärkernen, Einbau von Schallschutzvorrichtungen in Schulungs- und Seminarräumen.

Die anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben 3,8 Mio. € betragen. Für Abschreibungen auf Forderungen, Wertberichtigungen waren 3,2 Mio. € zu leisten.

Vom Materialaufwand von 6,1 Mio. € entfallen 1,0 Mio. € auf Materialeinsatz und 5,1 Mio. € auf bezogene Fremdleistungen. Unter Materialaufwand sind alle nach außen gerichteten betrieblichen Leistungen und Produkte zu verstehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird.

Das Finanzergebnis ist durch die erstmalig wegen der Methodenänderung nach BilMoG abgerechneten Aufzinsung und das anhaltend niedrigere Zinsniveau geprägt und hat zum Ergebnis 1,7 Mio. € beigetragen (nach 3,0 Mio. € im Vorjahr).

Investitionen

Die IHK Berlin hat im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 1,4 Mio. € in das immaterielle Vermögen und in Sachanlagen sowie 18,4 Mio. € in Finanzanlagen investiert.

Finanzlage

Die Finanzlage ist durch die gute Ertragslage und die Vorsorge der vergangenen Jahre geprägt. Die Liquidität des Geschäftsjahres hat ausgereicht sämtliche Verpflichtungen zu erfüllen, die geplante Vorsorge abzusichern sowie die Investitionen aus dem Cashflow zu finanzieren. Infolge des geringen Zinsniveaus konnten nicht mehr flüssige Mittel in attraktive Anlagen investiert werden.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung 2011 sind die Rücklagen - ohne Vorsorge für Risiken für Altpensionsverpflichtungen außerhalb BilMoG - durch entsprechende Liquidität untersetzt. Die Pensionslasten (Rückstellungen und Rücklage) sind zu 66,6 % durch Liquidität unterlegt.

Chancen und Risiken

Das implementierte rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglicht eine frühzeitige Erkennung wesentlicher bestands-, erfolgs- und existenzgefährdender Risiken sowie eine kontinuierliche Überwachung aller Entscheidungen und Entwicklungen in den Geschäftsbereichen und im Facility Management. Die Wirksamkeit der eingesetzten Maßnahmen zur Identifizierung von rechnungslegungsbezogenen Risiken hat die Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs in einer weiteren Prüfung des internen Kontrollsystems der IHK Berlin bestätigt. Risiken, die den Fortbestand der IHK unter Substanz- und Liquiditätsgesichtspunkten gefährden oder die zukünftige Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, werden aktuell nicht gesehen. Für alle im abgelaufenen Geschäftsjahr erkennbaren Risiken wurden, soweit die Voraussetzungen für eine bilanzielle Berücksichtigung gegeben waren, im Rahmen des Jahresabschlusses Vorsorge getroffen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse, die über die normale Entwicklung der Geschäftstätigkeit hinausgehen, sind nicht hervorzuheben.

Aktuelle Entwicklung und Ausblick 2012

Die Wirtschaftsführung 2012 der IHK Berlin setzt den eingeschlagenen Weg der finanziellen Gesundheit fort. Ertragsrückgänge, die den Prozess beeinträchtigen würden, sind wegen der zu erwartenden Nachzahlungen für vergangene Jahre sowie der Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungskraft der Berliner Wirtschaft nicht zu verzeichnen. Mittel- und langfristig wirken sich jedoch die Beitragssenkungen der Jahre 2010 und 2011 mit einem Volumen von 13,5 Mio. € auf das Beitragsaufkommen aus. Der Wirtschaftsplan 2012 sieht Rücklagenzuführungen in Höhe von 10,1 Mio. € vor. Mit dem Vermögensaufbau wird Vorsorge für die steigenden Leasingraten bis zum Jahre 2017 sowie zur Tilgung des im Rahmen der Umfinanzierung des LEH aufgenommen Darlehens geschaffen. Des Weiteren wird die Rücklage zur Ausfinanzierung der Pensionslasten und zwar für die Risiken, die außerhalb BilMoG liegen, weiter aufgestockt. Mit dem Vermögensaufbau wird auch das Ziel verfolgt, die IHK so auf konjunkturelle Schwankungen vorzubereiten, dass damit einhergehende Ertragsrückgänge aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten gegebenenfalls durch Rücklagenentnahme finanziert werden können.

Der langjährige konsequente Sparkurs sowie die überraschend gute konjunkturelle Entwicklung der Berliner Wirtschaft ermöglicht es der IHK, die Ausbildungsgebühren für alle neu abzuschließenden Ausbildungsverhältnisse auf einen Deckungsgrad von 50 % zu senken. Insgesamt beträgt das Entlastungsvolumen für die ausbildenden Unternehmen 3 Mio. € pro Ausbildungsjahrgang.

Berlin, den 10. April 2012

Dr. Eric Schweitzer
Präsident

Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Bilanz der IHK Berlin zum 31.12.2011

AKTIVA	Bilanz per		PASSIVA	Bilanz per	
	31.12.2011	31.12.2010		31.12.2011	31.12.2010
A. Anlagevermögen	190.135.907,54	172.731.036,15	A. Eigenkapital	125.505.606,32	96.498.196,70
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	581.155,65	466.731,36	I. Nettoposition	7.489.575,22	7.489.575,22
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	487.985,00	364.855,00	II. Ausgleichsrücklage	24.348.000,00	23.866.600,00
2. Geleistete Anzahlungen	93.170,65	101.876,36	III. Andere Rücklagen	85.318.621,48	45.480.590,02
II. Sachanlagen	10.649.744,90	10.173.994,54	IV. Ergebnisvortrag	0,00	0,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	8.693.046,00	8.697.577,00	V. Ergebnis	8.349.409,62	19.661.431,46
2. Technische Anlagen und Maschinen	72.707,00	109.379,00	B. Sonderposten	0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.883.991,90	1.343.440,79	I. Sonderposten für Planreste	0,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	23.597,75	II. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	178.905.006,99	162.090.310,25	C. Rückstellungen	45.983.571,48	48.230.229,42
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	43.159.210,00	42.445.916,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	2. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
3. Beteiligungen	1,00	1,00	3. Sonstige Rückstellungen	2.824.361,48	5.784.313,42
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	D. Verbindlichkeiten	69.006.028,61	73.165.265,11
5. Wertpapiere des Anlagevermögens (einschl. Festgelder)	86.733.589,55	69.052.347,96	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	68.036.473,74	71.886.801,51
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	92.171.416,44	93.037.961,29	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	5.968,34	0,00
B. Umlaufvermögen	52.390.230,59	47.507.136,51	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	589.334,93	850.727,06
I. Vorräte	707.966,41	686.654,50	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	77.306,41	64.446,48	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
2. Unfertige Leistungen	630.660,00	622.208,02	6. Sonstige Verbindlichkeiten	374.251,60	427.736,54
3. Fertige Leistungen	0,00	0,00	E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.330.350,89	2.626.863,51
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.628.822,64	7.692.123,02			
1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen	8.123.387,87	6.336.811,30			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00			
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.505.434,77	1.355.311,72			
III. Wertpapiere	2.168.733,41	2.151.390,10			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.168.733,41	2.151.390,10			
2. Sonstige Wertpapiere	0,00	0,00			
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	39.884.708,13	36.976.968,89			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	299.419,17	282.382,08			
SUMME AKTIVA	242.825.557,30	220.520.554,74	SUMME PASSIVA	242.825.557,30	220.520.554,74

Erfolgsrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2011

	Beträge in €	
	Ist 2011	Ist 2010
1. Erträge aus IHK-Beiträgen	53.554.654,22	55.680.261,82
2. Erträge aus Gebühren	10.006.018,09	10.313.903,37
3. Erträge aus Entgelten	2.257.009,95	2.371.014,93
4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	8.451,98	66.352,86
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Erträge	6.429.232,63	4.927.548,75
davon: - Erträge aus Erstattungen	189.928,50	269.537,23
- Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	167.314,72	84.051,94
- Erlöse aus dem Ludwig-Erhard-Haus	2.463.236,66	2.885.642,90
Betriebserträge	72.255.366,87	73.359.081,73
7. Materialaufwand	-6.123.147,69	-5.821.944,37
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-954.209,68	-974.551,83
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-5.168.938,01	-4.847.392,54
8. Personalaufwand	-14.574.894,29	-15.845.509,24
a) Gehälter	-11.841.938,91	-11.469.036,60
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.732.955,38	-4.376.472,64
9. Abschreibungen	-773.391,03	-507.862,42
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-773.391,03	-507.862,42
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-23.493.491,89	-27.735.748,83
davon: - Mieten, Pachten, Erbbauzinsen u. Leasing	-11.406.665,13	-12.463.842,83
- Aufwendungen für Fremdleistungen (u.a. Bewirtschaftung LEH, EDV-Dienstleistungen, Unterhaltung Haus Hardenbergstraße, Dienstleistungsentgelt Berlin Partner GmbH)	-3.009.265,25	-4.037.798,72
Betriebsaufwand	-44.964.924,90	-49.911.064,86
Betriebsergebnis	27.290.441,97	23.448.016,87
11. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.720.889,26	6.145.943,28
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	574.472,34	350.536,81
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-324.104,41	-215.941,37
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.254.084,66	-3.286.268,76
Finanzergebnis	1.717.172,53	2.994.269,96
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	29.007.614,50	26.442.286,83
16. Außerordentliche Erträge	0,00	72.152,20
17. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	-10.574.400,35
Außerordentliches Ergebnis	0,00	-10.502.248,15
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-133,88	-248,23
19. Sonstige Steuern	-71,00	-926,00
20. Jahresergebnis	29.007.409,62	15.938.864,45
21. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr (+ Überschuss / - Fehlbetrag)	0,00	0,00
22. Entnahmen aus Rücklagen	287.000,00	7.306.167,01
- aus anderen Rücklagen	287.000,00	7.306.167,01
23. Einstellungen in Rücklagen	-20.945.000,00	-3.583.600,00
- in die Ausgleichsrücklage	-481.400,00	-1.383.600,00
- in die Liquiditätsrücklage	-500.000,00	0,00
- in die Kredittilgungsrücklage Ludwig-Erhard-Haus	-17.200.000,00	-2.200.000,00
- in die Rücklage für Instandsetzungen des Ludwig-Erhard-Hauses	0,00	0,00
- in die Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG	-2.763.600,00	0,00
24. Ergebnis	8.349.409,62	19.661.431,46
nachrichtlich: Ergebnisverwendungsvorschlag	8.349.409,62	19.661.431,46
davon Einstellung in die Ausgleichsrücklage	0,00	0,00
davon Einstellung in die Liquiditätsrücklage	0,00	0,00
davon Kredittilgungsrücklage Ludwig-Erhard-Haus	6.849.409,62	7.661.431,46
davon Instandsetzung des Ludwig-Erhard-Hauses	1.500.000,00	0,00
davon Rücklage Pensionen f. Risiken außerh. BilMoG	0,00	12.000.000,00

Finanzrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2011

	Beträge in €	
	Ist 2011	Ist 2010
1. Jahresergebnis (+ Jahresüberschuss / - Jahresfehlbetrag) vor außerordentlichen Posten	29.007.409,62	26.441.112,60
2. a) +/- Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.097.494,44	721.998,44
b) - Erträge aus Auflösung Sonderposten	0,00	0,00
3. +/- Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen, Bildung Passive RAP (+) / Auflösung Aktive RAP (+), Auflösung Passive RAP (-) / Bildung Aktive RAP (-)	-2.560.207,65	2.053.371,77
4. +/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	0,00	0,00
5. +/- Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögens	-30.333,76	-2.297,45
6. +/- Veränderungen aus der Abnahme und Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.975.354,84	347.367,65
7. +/- Veränderungen aus der Zunahme und Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-308.908,73	119.000,32
8. +/- Außerordentliche Posten	0,00	0,00
9. = Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	25.230.099,08	29.680.553,33
10. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	304,00	0,00
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.046.221,57	-417.864,11
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	394,84	9.890,09
13. - Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens	-320.624,19	-101.938,45
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.316.876,56	2.540.997,65
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-18.422.761,71	-10.672.901,90
16. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-18.472.032,07	-8.641.816,72
17. a) + Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00
b) + Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00
18. - Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-3.850.327,77	-3.850.332,58
19. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.850.327,77	-3.850.332,58
20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	2.907.739,24	17.188.404,03
21. + Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	36.976.968,89	19.788.564,86
22. Finanzmittelbestand am Ende der Periode	39.884.708,13	36.976.968,89

Erläuterungen zur Bilanz

Vorbemerkungen

Für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss der IHKs sind nach § 3 Abs.7a IHKG die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des HGB in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Das Nähere wird durch Satzung unter Beachtung des staatlichen Haushaltsrechts geregelt.

Die IHK Berlin hat zum 31. Dezember 2011 einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung gemäß § 14 Finanzstatut vom 20. September 2006 (FS) i. V. m. Anlage 7 der Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts vom 02. Januar 2007 (RFS) aufgestellt, der auch die Regelungen des BilMoG berücksichtigt. Diese wurden im Vorgriff auf die anstehende Anpassung des Musterfinanzstatuts einbezogen.

Die Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts folgen grundsätzlich den für alle Kaufleute geltenden Rechnungslegungsvorschriften (§§ 238 bis 256 HGB) unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung und Organisation der IHKs und ihrer Einbindung in das öffentliche Haushaltsrecht.

Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach dem in Anlage III FS vorgeschriebenen Gliederungsschema. Leerzeilen bzw. -posten werden ausgewiesen.

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2011 hat die IHK Berlin die Bewirtschaftung des Ludwig Erhard Hauses (LEH) selbst übernommen und den Betrieb gewerblicher Art (BgA) Nutzung und Service als LEH Vermögensverwaltung fortgeführt. Die Wertansätze wurden aus dem Jahresabschluss 2010 in den neuen Buchhaltungsmandaten LEH übernommen. Die Vermögensverwaltung und die BgAs Verpachtung, Drucksachenverkauf, Messen und Veranstaltungen sowie Weiterbildung werden im Jahresabschluss zusammengefasst in der Bilanz ausgewiesen. Die Werte des LEH sind bei den entsprechenden Bilanzpositionen, jeweils zusammengefasst als LEH, dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für den Ansatz und die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sind grundsätzlich das FS, die RFS, die Sondervorschriften zur Erstellung der Eröffnungsbilanz sowie die §§ 246 ff. HGB sinngemäß maßgeblich. Die Bewertung der Vermögensgegenstände (VG) und Schulden im Rahmen der Eröffnungsbilanz erfolgte gemäß Anlage 7 RFS. Dabei waren die Vermögensgegenstände grundsätzlich zu Zeitwerten anzusetzen.

Im Einzelnen kamen folgende Wertansätze beim vorliegenden Jahresabschluss zur Anwendung:

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände	Die immateriellen VG wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen entsprechen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände in der IHK. Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Dabei werden die steuerlich anerkannten AfA-Tabellen zugrunde gelegt. Danach ist bei immateriellen Vermögensgegenständen eine Nutzungsdauer von drei oder fünf Jahren, bei IHK-spezifischer Software acht Jahre, angesetzt.
-----------------------------------	---

Grundstück	Die Bewertung des unbebauten Grundstücks erfolgte im Rahmen der Eröffnungsbilanz durch ein Sachverständigengutachten. Dabei wurde der Grundstücksanteil Fasanenstraße 83 - 85 nach Bodenrichtwert (Vergleichswertverfahren) bewertet.
Technische und andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<p>Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde i. d. R. zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.</p> <p>Vor 2008 angeschaffte Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) sind insgesamt mit einem Erinnerungswert von 1,00 € ausgewiesen. Für die in den Geschäftsjahren 2008 bis 2011 angeschafften GWG (Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 €) ist jeweils ein Pool gebildet worden.</p> <p>Die Abschreibungswerte orientieren sich an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer, die auf den amtlichen AfA-Tabellen basieren. Die Nutzungsdauer ist daher bei technischen Anlagen mit drei bis elf Jahren, bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit drei bis 13 Jahren bemessen.</p>
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Die Anteile an der CidS GmbH werden aus kammerpolitischen Gründen gehalten und sind deshalb mit einem Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt.
Wertpapiere des Anlagevermögens	Festverzinsliche Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten, maximal Nennwert, unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips angesetzt. Zur Risikobegrenzung werden die Geldanlagen in der Regel bis zur Fälligkeit gehalten. Fonds sind im Gegensatz zu den Vorjahren nicht mehr mit dem Kurswert zum 31. Dezember sondern nach dem strengen Niederstwertprinzip mit dem Kurswert bzw. den Anschaffungskosten angesetzt. Die Position beinhaltet auch die Festgeldanlagen für die Ausgleichsrücklage und die anderen Rücklagen, diese sind zum Nennwert ausgewiesen. Da diese Rücklagen langfristig gebunden sind und der IHK Berlin nicht zum kurzfristigen Wirtschaften zur Verfügung stehen, werden diese Anlagen hier als Anlagevermögen ausgewiesen.

Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche sind, soweit sie nicht mit dem Barwert oder Rückkaufswert angesetzt sind, zum Nennwert bilanziert. Die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen entsprechen den Werten für die Ertragssteuerbilanz zum 31. Dezember 2011. Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen sind bei der Position zum Nennwert ausgewiesen, höchstens mit den Anschaffungskosten. Unter den sonstigen Ausleihungen sind auch die Anteile an den Unternehmen aufgeführt, die die IHK aus sachlichen, standortfördernden oder ordnungspolitischen Gründen hält. Sie sind mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Umlaufvermögen

Vorräte und
Unfertige Leistungen

Das Vorratsvermögen wurde zu den Einkaufspreisen bewertet. Aufgrund des Erhebungszeitpunktes der Betreuungsgebühren treten im Bereich der Berufsausbildung unfertige Leistungen auf. Die Ermittlung erfolgt anhand der abgeschlossenen Ausbildungsverträge pro rata temporis.

Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalbetrag oder dem niedrigeren beizulegenden Wert, unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips, bewertet worden. Die Forderungen aus Beiträgen wurden, gemäß den Empfehlungen des DIHK-Arbeitskreises Rechnungswesen, in pauschalierter Form einzelwertberichtigt. Für Forderungen aus Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen wurden Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2 % gebildet, sofern diese nicht zuvor einzelwertberichtigt wurden.

Flüssige Mittel

Die Guthaben sind zum Nominalwert ausgewiesen.

**Aktiver Rechnungs-
abgrenzungsposten**

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden die bis zum Bilanzstichtag erfolgten Ausgaben, soweit sie auf künftige Perioden entfallen. Im Übrigen gilt für die Aufnahme als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

Eigenkapital

Rücklagen Rücklagen sind zum Nominalwert ausgewiesen. Die Entnahme und die Zuführungen erfolgten gemäß Erfolgsplan.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Betrages gebildet, mit dem eine künftige Inanspruchnahme wahrscheinlich erfolgen wird. Sie berücksichtigen alle zum Erstellzeitpunkt erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Pensionsrückstellungen Den Rückstellungen wurden nach den versicherungsmathematischen modifizierten Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck berechnet. Sie wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den Dezember 2011 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 5,14 %. Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Gehaltssteigerungen von 3 % und Rentensteigerungen von 3 % sowie eine Fluktuation von 6 % p. a. unterstellt. Die Regelungen von Art. 28 EGHGB kamen nicht zur Anwendung.

Sonstige Rückstellungen Für Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen, Beihilfen und Jubiläen wurden versicherungsmathematische Gutachten eingeholt.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde unter Anwendung der Richttafeln von Dr. Klaus Heubeck nach dem Stand von 2005 G auf der Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW RS HFA 3) ermittelt. Als Rechnungszinssatz wurden 3,82 % und als Gehaltstrend 3 % angesetzt.

Die Berechnung der Rückstellungen für Jubiläen erfolgte ebenfalls unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck. Als Rechnungszinssatz wurden 5,14 % - der von der Deutschen Bundesbank im Dezember veröffentlichte durchschnittliche Marktzins – angesetzt, der Anwartschaftstrend mit 3 % und die Fluktuation mit 6 % p. a.

Des Weiteren wurden die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung berücksichtigt.

Zur Ermittlung der Rückstellung für Beihilfe (eine Person) wurden die Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Als Rechnungszinssatz wurden 5,14 % wie bei den Pensionsrückstellungen angesetzt.

Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden wurden pauschal aufgrund von Durchschnittswerten unter Berücksichtigung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen ermittelt. Es wurde der Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der zurückgestellte Betrag „Prozesskosten“ betrifft die voraussichtlichen Gerichtskosten für anhängige Rechtsstreitigkeiten einschließlich Rechtsanwalts honorare, Gerichtskosten (laufende Instanz).

Über die Rechtmäßigkeit der Veranlagung von Unternehmen zur höchsten Grundbeitragsstaffel – zum sog. Jumbobeitrag – sowie zu Umlagen sind Rechtsstreite anhängig. Für vereinnahmte Grundbeiträge und Vorauszahlungen wurde aus Vorsichtsgründen eine Rückstellung gebildet.

Die Rückstellung für Archivierung wurde aufgrund des voraussichtlichen Bedarfs unter Berücksichtigung des gewerblichen Mietmarktes in Berlin gebildet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Gliederung, Restlaufzeiten sowie Besicherungen sind aus dem Verbindlichkeitsspiegel ersichtlich.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Einzahlungen aus Gebühren für noch laufende Ausbildungsverträge vor dem Bilanzstichtag. Die Gebühren werden jährlich in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Dauer der Ausbildungsverträge zeitanteilig aufgelöst. Dieses Prinzip gilt auch für Entgelte aus Langzeitlehrgängen. Für die übrigen Rechnungsabgrenzungsposten gilt grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

Erläuterungen zu den Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVA

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Das immaterielle Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus verschiedenen Softwarelizenzen, bewertet zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung linearer Abschreibung. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Inbetriebnahme angezahlter Software und der Aktivierung geleisteter Anzahlungen für neue Software.

Geleistete Anzahlungen auf Software

Im Geschäftsjahr wurden Abschläge auf Software für das Fachkräftemonitoring und für die Veranstaltungsdatenbank geleistet.

Sachanlagen

Grundstück und Nutzereinbauten im LEH

Der Anteil der IHK am Grundstück Fasanenstraße 83 – 85 beträgt 52 %.

Das Grundstück ist mit einem Erbbaurecht zugunsten der Immobilienvermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG belastet. Diese Gesellschaft hat das Recht bilanziert. Der Erbbauverpflichtete hat in seiner Bilanz das Grundstück als unbebautes Grundstück zu aktivieren. Der Bodenwert für das Grundstück beträgt gemäß Sachverständigengutachten 8,63 Mio. €. Der Verkehrswert wird in Anlehnung an den ermittelten Bodenwert auf dieselbe Höhe geschätzt. Ein Abschlag ist nicht vorzunehmen, da der Erbbauzins ortsüblich und marktgerecht ist.

Die Nutzereinbauten betreffen den Umbau des Börsenparketts in eine Gastro-MRT-Praxis im LEH.

Technische Anlagen und Maschinen

Der Posten Technische Anlagen und Maschinen betrifft überwiegend Einrichtungsgegenstände im LEH.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung des LEH betrifft den Küchen- und Restaurantbereich, das Konferenzzentrum sowie die geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG), Büromöbel, Präsentations- und Kommunikationstechnik. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr beruht auf der Anschaffung von GWG (Hard-, Software, Büro- und Seminarausstattung).

Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen, s. Umlaufvermögen

Die hundert prozentige Tochter Wohnheim Reichsstraße GmbH wird im Umlaufvermögen ausgewiesen; vgl. Umlaufvermögen.

Beteiligungen

Die IHK hält 50 % vom eingezahlten Stammkapital der CidS Computer in die Schulen gemeinnützigen GmbH. Die Beteiligung ist mit dem Erinnerungswert angesetzt, da bei Auflösung der Gesellschaft der Gesellschaftsvertrag den Verzicht auf die Rückforderung des eingezahlten Kapitalanteils vorsieht.

Wertpapiere des Anlagevermögens, einschl. Festgelder

Die Geldanlagen, festverzinsliche Wertpapiere, Fondsanteile und Festgelder, dienen zur vermögensmäßigen Unterlegung der Rücklagen und der Pensionsrückstellungen. Die Anlage erfolgt unter Beachtung der Anlagevorschriften in Wertpapieren und in Fonds. Angelegt wird in Papieren mit höchster Bonität. Zusammensetzung:

	31.12.2011	31.12.2010
Festverzinsliche Wertpapiere	46,4 Mio. €	41,2 Mio. €
Fondsanteile	1,8 Mio. €	1,9 Mio. €
Festgelder	38,5 Mio. €	26,0 Mio. €

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der planmäßigen Umwidmung von Mitteln aus dem Umlaufvermögen. Der Anstieg der Festgelder gegenüber dem Vorjahr beruht auf unattraktiven Angeboten auf dem Anleihemarkt und der Überprüfung der Anlagenstrategie.

Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Die sonstigen Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche setzen sich zusammen aus:

- Darlehen an Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG (83,8 Mio. €, Vj.: 85,1 Mio. €)
- Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen (unverändert 1,5 Mio. €)
- Sonstige Anteile (unverändert 146 T€)
 - Partner für Berlin Gesellschaft für Hauptstadtmarketing mbH
 - Berlin Partner GmbH
 - BBB Bürgschaftsbank Berlin Brandenburg GmbH
 - IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH
 - Messe Berlin GmbH
 - Mittelständische Beteiligungsgesellschaft für die Länder Brandenburg und Berlin GmbH
- Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen (6,7 Mio. €, Vj.: 6,3 Mio. €)

Die Darlehensforderungen gegen die Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG resultieren aus zwei gewährten Darlehen, eins zur Finanzierung der gestiegenen Baukosten des LEH, das zweite im Rahmen der Umfinanzierung des LEH.

Die Rückdeckungsansprüche betreffen die zur Rückdeckung von Pensionszusagen abgeschlossenen Versicherungen.

Umlaufvermögen

Vorräte

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Unfertige Leistungen

Bei der Position Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden vorwiegend Broschüren ausgewiesen.

Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung zu erreichen, ist die Bildung von Unfertigen Leistungen sowie eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens erforderlich.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen (nach Wertberichtigung)

Die Forderungen setzen sich aus Beiträgen (7.467,8 T€; Vj.: 5.522,9 T€), Gebühren (425,1 T€; Vj.: 511,7 T€), Entgelten (166,3 T€; Vj.: 247,2 T€) sowie Miet- und Pachteinnahmen aus dem LEH (64,1 T€; Vj.: 55,0 T€) zusammen.

Forderungen aus Beiträgen

Die Zunahme der Forderungen um 1.945 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem schlechten Zahlungsverhalten der Unternehmen. Deshalb sind im Januar 2012 17.500 Fälle mit einem Forderungsvolumen von 5,5 Mio. € in die Beitreibung gegeben worden.

Die Forderungen aus Beiträgen (vor Wertberichtigung 12,2 Mio. €; davon 9,7 Mio. aus Vorjahren) sind bei Handelsregister-Unternehmen (HR) bzw. Kleingewerbetreibenden (KGT) um folgende pauschalierte Wertberichtigungen korrigiert:

Geschäftsjahre	HR	KGT
2011	20 %	20 %
2010	40 %	50 %
2009	60 %	80 %
2008	80 %	100 %
2007 und weitere	100 %	100 %

Die Festlegung der Prozentsätze für die Wertberichtigungen orientiert sich an der Zahlungsmoral der vergangenen Jahre.

Eine rechtsanhängige Forderung aus der Veranlagung zu Jumbobeiträgen des Geschäftsjahres 2008 (45,2 T€) ist mit dem Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt.

Die Forderungen aus streitigen Bemessungsgrundlagen – die Gewerbesteuerbescheide sind angefochten worden und/oder gerichtsanhängig – belaufen sich auf 1.456,1 T€.

Zur Überprüfung der periodengerechten Erfassung der Erträge aus Beiträgen wurde Mitte Dezember anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen eine Berechnung der sich daraus für das laufende Jahr und die Vorjahre ergebenden potentiellen Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Diese belaufen sich auf:

	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€
Beitragsansprüche	20.563	22.356
- davon laufendes Jahr	1.709	2.770
- davon Vorjahre	18.854	19.586
Erstattungsverpflichtungen	3.150	2.334
- davon laufendes Jahr	10	9
- davon Vorjahre	3.140	2.325
Saldo	17.413	20.022

Die stetige Bilanzierung der IHK Berlin zeichnet sich dadurch aus, dass nur beschiedene Forderungen und damit realisierte Beiträge erfasst werden. Eine Verarbeitung dieser noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen im laufenden Geschäftsjahr ist darüber hinaus wegen Kollision mit dem effizienten Forderungsmanagement - Veranlagung, Mahnung, Beitreibung in einem Jahr – nicht sinnvoll, weil die Rechtsgrundlage für die Beitreibung - bestandskräftiger Bescheid – entfallen würde. Die Verbescheidung der Bemessungsgrundlagen erfolgt deshalb stetig im Rahmen der nächsten Hauptveranlagung im März / April 2012. Im Erfolgsplan 2012 sind sie als Beiträge aus Vorjahren ausgewiesen (Planwert 18,2 Mio. €).

Forderungen aus Gebühren und Entgelten sowie aus sonstigen Lieferungen und Leistungen

Der Bestand beträgt vor Wertberichtigung insgesamt 708,0 T€ Dieser setzt sich zusammen aus Gebühren für den Bereich hoheitlicher Aufgaben und Entgelten aus Leistungen im Servicebereich.

Die Forderungen, die sich im Amtshilfeersuchen bzw. im gerichtlichen Mahnverfahren befinden, wurden zu 100 % einzelwertberichtigt, Forderungen in Mahnung wurden zu 30 % einzelwertberichtigt (insgesamt 105,9 T€). Auf den restlichen Gesamtforderungsbestand aus Gebühren, Entgelten sowie sonstigen Lieferungen und Leistungen erfolgte eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % (insgesamt 10,7 T€).

Die Forderungen aus dem LEH betreffen Mieten, Betriebskostenpauschalen, Betriebskostenvorauszahlungen und die Betriebskostenabrechnung 2010. Der Bestand beträgt vor Wertberichtigung insgesamt 76,1 T€ Eine Forderung wurde zu 2/3 einzelwertberichtigt (11,0 T€). Auf den restlichen Gesamtforderungsbestand erfolgte eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % (insgesamt 1,0 T€).

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Gegen das verbundene Unternehmen, die Wohnheim Reichsstraße GmbH, bestehen keine Forderungen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich aus Forderungen gegen Kreditinstitute (1.299,4 T€), aus Zuschüssen (47,0 T€) aus Umsatzsteuer in Höhe von 43,0 T€ sowie gegen den DIHK aus Abwicklung Versicherungsvermittlerregister von 6,4 T€ zusammen. Des Weiteren werden Übrige Vermögensgegenstände von 106,5 T€ und debitorische Kreditoren von 3,0 T€ ausgewiesen.

Die IHKs gewährten dem DIHK im Jahre 2002 in einer finanziell sehr schwierigen Lage eine Liquiditätshilfe. Die IHK Berlin tat dies in Form eines Darlehens, das wegen der wirtschaftlichen Situation des DIHK wertberichtigt wurde. Nach eingehender rechtlicher Prüfung wird mangels Rückzahlungsanspruch kein Erinnerungswert mehr ausgewiesen.

Bei den Sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um Forderungen, die nicht aus Lieferungen und Leistungen resultieren.

Wertpapiere

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an dem verbundenen Unternehmen Wohnheim Reichsstraße GmbH sind mit dem voraussichtlichen Verkaufserlös und den Zuzahlungen in das Eigenkapital der Gesellschaft (insgesamt 2.168,7 T€) bewertet. Die Einlagen wurden zur Finanzierung von Tilgungsleistungen von Bauerrichtungsdarlehen verwendet. Die Gesellschaft hat als wesentliches Vermögen ein mit einem Wohnheim bebautes Grundstück. Sie soll veräußert werden.

Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks

Die Guthaben und Bestände wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Auf die Rechnungsabgrenzungsposten entfallen:

- Eigennutzung IHK (94,2 T€)
- Prüfungsunterlagen und Softwarewartung (205,2 T€)

PASSIVA

Eigenkapital

Die **Nettoposition** beträgt 6,0 % des Eigenkapitals.

Die Rücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Rücklage	Stand 01.01.2011	Ergebnis- verwendung 2010	Planzuführung/ Entnahme 2011	Stand 31.12.2011
Ausgleichsrücklage	23.866.600,00	0,00	481.400,00	24.348.000,00
Ausgleichsrücklage	23.866.600,00	0,00	481.400,00	24.348.000,00
Liquiditätsrücklage	17.832.300,00	0,00	500.000,00	18.332.300,00
Instandsetzung LEH	9.900.000,00	0,00	0,00	9.900.000,00
Kredittilgungsrücklage LEH	17.453.847,35	7.661.431,46	17.200.000,00	42.315.278,81
Umstrukturierung Qualitätssteigerung Personal	294.442,67	0,00	-287.000,00	7.442,67
Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG	0,00	12.000.000,00	2.763.600,00	14.763.600,00
Andere Rücklagen	45.480.590,02	19.661.431,46	20.176.600,00	85.318.621,48

Die **Ausgleichsrücklage** ist gemäß § 15 (3) FS zwischen 30 % und 50 % der Betriebsaufwendungen zu dotieren. Sie dient dem Ausgleich des Wirtschaftsplans bei ungenügenden Erträgen, die hauptsächlich durch konjunkturell bedingte Schwankungen im Beitragsaufkommen entstehen. Der Anteil an den Aufwendungen des Erfolgsplanes 2011 beträgt 46,72 %.

Andere Rücklagen

Die Zusammensetzung der anderen Rücklagen ist aus der obigen Tabelle zu entnehmen.

Der Anteil der Liquiditätsrücklage an den Aufwendungen des Erfolgsplanes 2011 beträgt 35,18 %. Die Liquiditätsrücklage kann gemäß § 15 (3) Finanzstatut mit maximal 50 % der Betriebsaufwendungen gebildet werden.

Sie dient zur Sicherung der Liquidität und damit zur Vorsorge bei Ausfällen von Gebühren und Entgelten und bei der IHK Berlin zusätzlich zur Vorsorge für die 28 %-ige Erhöhung der Leasingrate ab Oktober 2012.

Ergebnis

Das Ergebnis 2011 in Höhe von 8.349,4 T€ soll vollständig den Rücklagen zugeführt werden. Nachrichtlich folgender Ergebnisverwendungsvorschlag:

Zuführung zur Rücklage für Instandsetzung LEH	1.500,0 T€
Zuführung zur Kredittilgungsrücklage LEH	6.849,4 T€

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen (43.159,2 T€, Vorjahr 42.445,9 T€) beinhalten neben den Anwartschaften und Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern auch die Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern der früheren hundertprozentigen IHK-Tochter BAO Berlin International. Im Wege der Gesamtrechtsnachfolge ist diese Gesellschaft in der Berlin Partner GmbH aufgegangen. Für die bis zum 31. Dezember 2003 entstandenen Anwartschaften ist die IHK rückstellungspflichtig. 478 Personen haben Anspruch auf eine Altersversorgung.

Sonstige Rückstellungen

- Personalrückstellungen 912,8 T€ (Vorjahr 1.244,6 T€)
- Rückstellung für Prozesskosten 954,8 T€ (Vorjahr 979,1 T€)
- Rückstellung für Jumboveranlagung und weitere Beitragsstreitigkeiten 673,0 T€ (Vorjahr 3.284,6 T€)
- Sonstige übrige Rückstellungen 283,7 T€ (Vorjahr 276,0 T€)

Die Personalrückstellungen betreffen überwiegend Ansprüche von Mitarbeitern auf Jubiläumzahlungen, nicht genommene Urlaubstage, Überstunden sowie Freistellungen im Rahmen der vereinbarten Altersteilzeit.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt und setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag €	Restlaufzeit			Gesicherte Beträge €	Art der Sicherung
		Bis 1 Jahr €	Zwischen 1 und 5 Jahren €	Mehr als 5 Jahre €		
Gegenüber Kreditinstituten	68.036.473,74	3.228.683,42	9.641.837,04	55.165.953,28	0,00	0,00
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	5.968,34	5.968,34	0,00	0,00	0,00	0,00
Aus Lieferungen und Leistungen	589.334,93	589.334,93	0,00	0,00	0,00	0,00-
Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00-
Sonstige	374.251,60	323.019,32	51.232,28	0,00	0,00	0,00-
Summe	69.006.028,61	4.147.006,01	9.693.069,32	55.165.953,28	0,00	0,00-

Gegenüber den Kreditinstituten bestehen folgende Verbindlichkeiten:

Darlehen LBB	67.818.321,72 €
IKB	209.375,00 €
Zinsen	8.777,02 €

Von den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entfallen 183,7 T€ auf das LEH.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen:

- Kreditorische Debitoren (293,1 T€)
- Kautionen der Nutzer des LEH (28,0 T€)
- Sicherheitseinbehalte aus Umbauten und Renovierung des LEH (23,3 T€)
- Sonstige Verbindlichkeiten (29,9 T€)

Die kreditorischen Debitoren entfallen überwiegend auf Beitragsguthaben.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung der Erträge zu erreichen, ist die Bildung eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens sowie einer Unfertigen Leistung (Position Aktiva B I. 2) erforderlich. Die Erträge werden pro rata temporis pro Ausbildungsverhältnis ermittelt und ausgewiesen (2.127,2 T€).

Bei den Lehrgängen und Seminaren des Bereichs Weiterbildung gibt es jahresübergreifende Veranstaltungen. Die Erträge (99,1 T€) wurden veranstaltungsweise abgegrenzt.

Für im Dezember 2011 eingezahlte Gebühren für Gefahrgutfahrerprüfungen und Unterrichtungen im Bewachungsgewerbe sind 101,4 T€ abzugrenzen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Das LEH ist von der IHK für die Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG (IVG) errichtet worden. Die IVG hat das Gebäude an die ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH (ILV) verleast, die das LEH an die IHK Berlin weiter verleast hat. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 30 Jahre und dauert bis zum 31. Dezember 2026. Für die erste Mietperiode – 20 Jahre – ist die Gesamtmiete fest vereinbart. Sie steigt im fünfjährigen Rhythmus (nächste Erhöhung: Oktober 2012 um 28 %). Die Gesamtmiete für die zweite Periode wird zum Ende der ersten Mietperiode neu festgesetzt.

Die im Rechnungsjahr 2006 abgeschlossene Umfinanzierung wurde zum 3. Juli 2007 wirksam. Durch Ablösung der Fremdfinanzierung (81,3 Mio. €) und einer günstigeren Refinanzierung wird die Leasingrate gesenkt. Die IHK tritt an die Stelle des bisherigen Kreditgebers des Leasinggebers und reicht das aufgenommene Schuldscheindarlehen zu denselben Zinskonditionen an die IVG weiter. Die Zinsersparnis bei der IHK beträgt 2,5 % jährlich bis zum Jahre 2016. Der ersparte Aufwand wird zum Vermögensaufbau genutzt.

Das Grundstück Fasanenstraße 85 gehört dem VBKI und der IHK. Für die Dauer von 60 Jahren ist der IVG 1994 ein Erbbaurecht zur Errichtung des LEH eingeräumt worden.

Die IHK hat sich verpflichtet, den von der IVG an den VBKI zu leistenden jährlichen Erbbauzins zu bezahlen. Für 2012 ergeben sich aus dem Leasinggeschäft folgende Belastungen:

- Leasingraten: 11,43 Mio. €
- Erbbauzins: 0,55 Mio. €

Für die erste Dekade des Leasingvertrages (bis zum 31. Oktober 2017) errechnet sich eine Verpflichtung in Höhe von 79,0 Mio. €. Für den Zeitraum betragen die Aufwendungen für den Erbbauzins voraussichtlich 3,3 Mio. €.

Im Gebäude Hardenbergstraße 20 werden für den Zeitraum 1. Mai 2012 bis 30. April 2017 1.100 Quadratmeter Unterrichtsräume angemietet. Die Verpflichtung beträgt 1.010 T€ über die Laufzeit.

Für Belastungen aus Wartungs- und Supportverträgen für Hard- und Software sind 2012 742,6 T€ vorgesehen. Mit den Dienstleistern sind Verträge mit Laufzeiten von bis zu vier Jahren geschlossen.

Des Weiteren sind zwei Dienstwagen geleast. Die Laufzeiten, die abhängig vom Zeitpunkt der Beschaffung sind, betragen drei Jahre. Für die Jahre 2012, 2013 und 2014 resultieren daraus Belastungen von 47,2 T€.

Seit dem 1. Januar 2011 hat die IHK Berlin das Gebäudemanagement des LEH übernommen.

Die Steuerung und das Controlling obliegt der IHK Berlin, die sich dazu auch externen Sachverständigen bedient. Die Durchführung des Facility Managements erfolgt durch operative Dienstleister. Die vom Generalbetreiber bis Ende 2010 zusätzlich erbrachten Dienstleistungen Zentrale Funktionen und Services für die IHK wie Postdienste, Schulungsraumbewirtschaftung und Reinigung wurden ab 2011 erneut outgesourct. Mit den Dienstleistern wurden Verträge mit bis zu drei Jahren Laufzeit abgeschlossen. Für 2012 betragen die eingegangenen Verpflichtungen 1,15 Mio. €.

Die IHK Berlin ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag e. V., Berlin, (DIHK). Nach § 20 der Vereinssatzung steht der IHK Berlin bei Auflösung des Vereins das nach der Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des DIHK anteilig im Verhältnis der Beiträge der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre zu. Übersteigen die Verbindlichkeiten das Vermögen, ist im gleichen Verfahren ein Schlussbetrag zu leisten.

Der DIHK weist zum 31. Dezember 2011 bei einer Bilanzsumme von 108,6 Mio. € ein Eigenkapital von 44,2 Mio. € aus. Bei der Erstellung der Bilanz des DIHK wurde vom Wahlrecht nach Art. 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionszusagen, die vor dem 1. Januar 1987 entstanden sind, nicht passiviert. Dadurch sind Verpflichtungen in Höhe von 43,6 Mio. € nicht in der Bilanz zum 31. Dezember 2011 angegeben. Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen betragen per 31. Dezember 2011 34,6 Mio. €

Auf der Grundlage des am 23. März 2011 von der Vollversammlung des DIHK beschlossenen neuen § 16 Abs. 4 der Vereinssatzung können periodenunabhängig auch jährlich zweckgebundene Kapitalzuführungen zum Aufbau des Eigenkapitals des DIHK festgesetzt werden. Die IHKs stellen für diesen Zweck beschlussgemäß in Aussicht, ab 2012 bis voraussichtlich 2018, gemäß DIHK-Umlageschlüssel einen Betrag von jährlich 1,4 Mio. € an den DIHK zu leisten.

Der Beitrag der IHK Berlin zum DIHK belief sich 2011 auf rund 2,88 % des Gesamtbeitragsaufkommens des DIHK.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Die Finanzierung der IHK Berlin als Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgt im Wesentlichen über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, Gebühren sowie Entgelten. Jährlich wird ein Wirtschaftsplan erstellt, der sich in einen Erfolgs- und einen Finanzplan gliedert. In der Erfolgsrechnung sind sämtliche Erträge und Aufwendungen aufgeführt. Die Gliederung entspricht der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB mit den Spezifika einer IHK. Wegen des Körperschaftscharakters werden Beiträge, Gebühren und Entgelte nicht als Umsatzerlöse, sondern als Erträge bezeichnet. Die Planung und der Vollzug folgt den Grundsätzen zweckmäßiger und auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedachter Finanzwirtschaft.

Erträge aus IHK-Beiträgen

Der überwiegende Teil des Finanzbedarfs der IHK Berlin wird durch Beiträge gedeckt. Die Veranlagung zu den Beiträgen erfolgt bei allen Gewerbetreibenden, die in Berlin eine gewerbliche Niederlassung oder eine Betriebsstätte unterhalten und eine gewerbsteuerpflichtige Tätigkeit ausführen. Die Beiträge setzen sich zusammen aus Grundbeiträgen und Umlagen. Die Bemessungsgrundlage für die Umlage ist der Gewerbeertrag bzw. der Gewinn aus Gewerbebetrieb des laufenden Geschäftsjahres. Die IHK Berlin wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst, wenn der IHK Berlin die endgültige Bemessungsgrundlage bekannt gegeben wird.

Die Erträge aus Beiträgen werden deshalb nach den Veranlagungen des laufenden Jahres (vorläufig) und den Veranlagungen aus Vorjahren (endgültig) unterschieden. Weiterhin werden sie nach den leistungsabhängigen Umlagen und den leistungsunabhängigen Grundbeiträgen gegliedert. Im Geschäftsjahr 2011 wurden die Grundbeiträge um 20 % und der Umlagesatz von 0,39 auf 0,28 %, bezogen auf den Gewerbeertrag, gesenkt.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2011	2011	2011	2010
Beiträge	53.554,7	52.000,0	1.554,7	55.680,3
davon:				
Grundbeiträge laufendes Jahr	14.631,9	13.500,0	1.131,9	17.161,8
Umlage laufendes Jahr	13.086,9	13.500,0	-413,1	16.395,4
Grundbeiträge Vorjahre	7.599,8	8.000,0	-400,2	8.081,4
Umlage Vorjahre	18.235,9	17.000,0	1.235,9	14.041,7

Die Mehrerträge (3 %) werden zur Finanzierung des Vermögensaufbaus verwendet. Sie resultieren aus den Grundbeiträgen für das laufende Geschäftsjahr und den Umlagen aus Vorjahren. Im Vergleich zu 2010 ist ein Rückgang im Aufkommen festzustellen, der auf die Senkung der Beiträge in den Jahren 2010 und 2011 zurückzuführen ist.

Erträge aus Gebühren

Aus den hoheitlichen Aufgaben der IHK ergeben sich Erträge aus Gebühren, die sich in Ausbildungs-, Fortbildungs- und sonstige Gebühren gliedern:

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2011	2011	2011	2010
Gebühren	10.006,0	8.998,4	1.007,6	10.313,9
davon:				
Berufliche Ausbildung	7.366,6	6.781,0	585,6	7.723,3
Fortbildungsprüfung	1.076,0	941,2	134,8	1.057,3
Sonstige Gebühren	1.563,4	1.276,2	287,2	1.533,3

Der Anstieg der Ausbildungsgebühren gegenüber dem Planansatz ergibt sich überwiegend aus dem weniger stark als erwartet eingetretenen Rückgang der Ausbildungsverhältnisse. Die Mehrerträge bei den Fortbildungsprüfungen sind nachfragebedingt. Die über dem Planansatz liegenden Erträge bei den sonstigen Gebühren stammen aus erhöhten Teilnehmerzahlen an den Prüfungen und Unterrichtungen im Bereich Sach- und Fachkunde sowie der Fortführung der Gaststättenunterrichtung. Entgegen der Planung wurde die gesetzliche Unterweisungspflicht nicht aufgehoben.

Erträge aus Entgelten

Unter den Erträgen aus Entgelten werden alle Verkaufserlöse wie Drucksachen, Anschriften, Erlöse aus Beratungen und Vorabstellungnahmen zu Handelsregistereintragungen sowie die Entgelte aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen abgerechnet.

	Ist T€ 2011	Plan T€ 2011	Abweichung T€ 2011	Ist T€ 2010
Entgelte	2.249,5	2.200,7	47,8	2.371,0
davon:				
Verkaufserlöse	186,2	168,6	17,6	191,5
Lehrgänge, Seminare	2.070,8	2.032,1	38,7	2.179,5
Sonstige Entgelte	0,0	0,0	0,0	0,0

Die Steigerung bei den Verkaufserlösen und den Entgelten aus Lehrgängen, Seminaren gegenüber dem Plan sind nachfragebedingt.

Bestandsveränderung	8,5	0,00	8,5	0,0
Fertige und Unfertige Leistungen	8,5	0,0	8,5	0,0

Die Bestandsveränderung bei den fertigen und unfertigen Leistungen war bei der Planaufstellung nicht absehbar.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren aus den Vermietungs- und Pächterlösen des LEH und den erstatteten Betriebskosten. Des Weiteren sind bei der Position die Auflösung von Rückstellungen, die Herabsetzung von Wertberichtigungen, erhaltene öffentliche Zuwendungen sowie Erstattungen abgerechnet. Letztere betreffen Personalkosten (Conrad Stiftung und Wohnheim Reichsstraße GmbH), Prüfungsmaterialien, die Rückvergütung von Versorgungsbezügen und die Kofinanzierung von Veranstaltungen. Öffentliche Zuwendungen erhält die IHK für das Projekt „Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“ (Anteilsfinanzierung von 80 %, IHK-Anteil 20 %), das Programm „Neue Märkte erschließen – Gemeinschaftsprojekte“ und für das Programm „Partnerschaft Klimaschutz“.

	Ist T€ 2011	Plan T€ 2011	Abweichung T€ 2011	Ist T€ 2010
Sonstige betriebliche Erträge	6.429,2	2.773,9	3.655,3	4.927,5
davon:				
Erlöse aus dem LEH	2.463,2	2.001,0	462,2	2.885,6
Erstattungen	190,0	176,7	13,3	269,5
Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	167,3	65,7	101,6	84,0
Sonstige betriebliche Erträge	3.608,7	530,5	3.078,2	1.688,4

Die erheblichen überplanmäßigen Erlöse resultieren überwiegend aus der Auflösung einer Position aus der Rückstellung für „Jumbo-Veranlagung und weitere Beitragsstreitigkeiten“ aufgrund eines gewonnenen Rechtsstreites. Zu der Zunahme haben weiter die Auflösung / Herabsetzung von Rückstellungen (einschl. Personal- und Pensionsrückstellungen) beigetragen. Diese Jahresabschlussbuchungen sind nicht vorhersehbar und werden bei der Aufstellung des Planes nicht berücksichtigt.

Materialaufwand

Die Gliederung der Erfolgsrechnung basiert auf dem Industriekontenrahmen. Der Materialaufwand ist deshalb als der Aufwand definiert, der unmittelbar mit der betrieblichen Leistungserstellung in Zusammenhang steht. Für die IHK als Dienstleister der Wirtschaft sind unter betrieblicher Leistungserstellung alle nach außen gerichteten Leistungen und Produkte zu sehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird. Für die Verbuchung des Aufwandes ist die Art der Leistung (Interessenvertretung, hoheitliche Aufgaben, Service) unerheblich. Demzufolge sind bei diesem Posten die Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung, die Sach- und Fachkunde sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen einschließlich Messen abgerechnet. Zu den Positionen gehören u. a. Raummieten, Referentenhonorare, Prüferentschädigungen, die Kosten für die Erstellung der Berliner Wirtschaft und des Jahresberichtes sowie für das Premiumprodukt „Frühstücksgespräche“.

	Ist T€ 2011	Plan T€ 2011	Abweichung T€ 2011	Ist T€ 2010
Materialaufwand	6.123,1	5.685,7	437,4	5.821,9
davon:				
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	954,2	864,3	89,9	974,5
Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.168,9	4.821,4	347,5	4.847,4
davon: Honorare (u. a. Dozenten)	683,8	809,8	-126,0	721,3
davon:				
Prüferentschädigungen	1.780,40	1.591,7	188,7	1.716,7
davon: Sonstiges (Miete, Bewirtung, Technik, Ausstattung)	2.571,5	2.336,8	234,7	2.409,4

Die Mehraufwendungen beruhen auf höheren Kosten für die Durchführung der Prüfungen. Dazu beigetragen haben die zunehmend gestreckten Abschlussprüfungen (Teilung in zwei Prüfungen zur Mitte und zum Ende der Ausbildung) und die steigende Anzahl von Delegationsreisen ins Ausland. Mit der Übernahme der Bewirtschaftung des LEH zu Beginn des Geschäftsjahres werden die Raumeinrichtungskosten verursachergerecht beim Materialaufwand abgerechnet. Im Vorjahr wurden sie aufgrund des Generalbetriebsvertrages bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gebucht. Der Planansatz war zu niedrig bemessen, weil die Räume erst zum Ende des Jahres für technische Einbauten frei gegeben wurden, so dass Mehraufwendungen für die Anmietung entsprechender Ausstattung anfielen.

Personalaufwand

Beim Personalaufwand sind die Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen, die sozialen Abgaben, die Aufwendungen für die Altersversorgung und die Vorsorge abgerechnet. Die sozialen Abgaben und die Vorsorgeaufwendungen haben mit 2,7 Mio. € einen Anteil von 18,7 % (Vj.: 27,3 %) an den Aufwendungen. Ursächlich für den gegenüber dem Vorjahr geringeren Anteil ist die geänderte Darstellung der Veränderungen der Pensionsrückstellungen nach BilMoG (Methodenänderung). Die Aufzinsung der Pensionsverpflichtungen ist entgegen der ursprünglichen Planung beim Finanzaufwand auszuweisen.

	Ist T€ 2011	Plan T€ 2011	Abweichung T€ 2011	Ist T€ 2010
Personalaufwand	14.574,9	17.420,3	-2.845,4	15.845,5
Gehälter (einschl. Aushilfen, Veränderung der Personalrückstellungen, VL-Leistungen)	11.841,9	12.483,3	-641,4	11.469,0
<i>davon:</i>				
- <i>-Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen (einschl. VL-Leistungen)</i>	11.714,0	12.333,3	-619,3	10.764,9
- <i>Ausbildungsvergütungen</i>	127,9	150,0	-22,1	98,2
Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	2.733,0	4.937,0	-2.204,0	4.376,5

Planungsgrundlage ist die ganzjährige Erbringung der Arbeitsleistung und vollständige Besetzung der Planstellen. Krankheitsbedingte Abwesenheiten sowie die verzögerte Besetzung von Stellen haben zu den Minderaufwendungen sowohl bei den Gehältern als auch bei den Sozialabgaben geführt. Die Aufwendungen zur Umstrukturierung und Qualitätssteigerung (287,0 T€) werden durch Entnahme aus der entsprechenden Rücklage finanziert.

Abschreibungen

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sie basieren auf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

	Ist T€ 2011	Plan T€ 2011	Abweichung T€ 2011	Ist T€ 2010
Abschreibungen	773,4	879,5	-106,1	507,9
davon:				
Immaterielle Vermögensgegenstände	202,6	243,7	-41,1	155,4
Abschreibungen auf sonstige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (einschl. GWG)	570,8	635,8	-65,0	352,5

Die Nichtausschöpfung der Mittel resultiert aus der Verschiebung und der verzögerten Inbetriebnahme von Vorhaben.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die wesentlichen Posten des Betriebsaufwands betreffen die Leasingraten und die Bewirtschaftungskosten für das LEH sowie die Kosten für Instandsetzungsmaßnahmen. Der Erbbauzins an den VBKI, die Miete für 1 ½ Etagen im Gebäude Hardenbergstraße 16 -18, die Fremdleistungen (für EDV und Berlin Partner) werden ebenfalls bei der Position abgerechnet. Auch die Verwaltungskosten und weitere nicht im direkten Zusammenhang mit dem betrieblichen Leistungserstellungsprozess stehenden Kosten sind hier dargestellt.

	Ist T€ 2011	Plan T€ 2011	Abweichung T€ 2011	Ist T€ 2010
Sonstige betriebliche Aufwendungen	23.493,5	24.451,4	-957,9	27.735,7
davon:				
Sonstige Personalaufwendungen	547,3	806,2	-258,9	506,5
Mieten, Pachten, Leasing	11.406,7	11.465,2	-58,5	12.463,8
Aufwendungen für Fremdleistungen *	3.009,3	3.500,9	-491,6	4.037,8
Rechts- und Beratungskosten	765,6	1.009,7	-244,1	716,0
Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation	1.030,7	1.093,1	-62,4	919,3
Marketing und Öffentlichkeitsarbeit	103,3	121,1	-17,8	101,4
Aufwendungen DIHK	1.049,8	1.000,1	49,7	950,0
Aufwendungen für Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	1.708,4	3.284,7	-1.576,3	2.468,8
Andere sonstige betriebliche Aufwendungen **	3.857,9	2.150,4	1.707,5	5.572,1

*) Bewirtschaftung des LEH, EDV - Dienstleistungen, Outgesourcte Dienstleistungen (einschl. Expedition), Dienstleistungsentgelt Berlin Partner

**) u. a. Abschreibungen auf Forderungen, Zuführung zur Rückstellung für Jumbo-Veranlagung und weitere Beitragsstreitigkeiten

Zu den Minderaufwendungen in Höhe von 958 T€ haben die geringen sonstigen Personalaufwendungen, vor allem die Aufwendungen für Fremdleistungen, Rechts- und Beratungskosten sowie verschobene Aufwendungen für die Instandhaltung des LEH beigetragen. Mehraufwendungen von 1,7 Mio. € sind bei den anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu verzeichnen.

Zu den Positionen im Einzelnen:

Die gegenüber dem Planansatz geringeren Aufwendungen bei den sonstigen Personalaufwendungen betreffen insbesondere zeitlich verschobene bzw. nicht mehr erforderliche Weiterbildungsmaßnahmen.

Die Nichtausschöpfung der Planmittel bei den Aufwendungen für Fremdleistungen beruht auf geringeren Kosten für die Bewirtschaftung des LEH (93,5 T€), für EDV-Dienstleistungen (440 T€ aufgrund der Verschiebung der Projekte Erneuerung der „Back-up-Systeme“ und Netzwerk sowie des Identity-Management).

Für die geringere Inanspruchnahme des Budgets der Instandhaltung des LEH (rund 1,5 Mio. €) ist die Nichtdurchführung von Maßnahmen aus logistischen und technischen Gründen (LEH – Unikat) ursächlich. Dabei handelt es sich um die Projekte Gebäudeabdichtung, Zufahrt Nordost, Beseitigung von Wasserschäden, Erneuerung Sonnenschutz, Brandschutzvorsorge sowie Abwasserstrangsanierung. Die nicht benötigten Mittel sollen der Rücklage Instandhaltung LEH zugeführt werden, um die nach 2012 und 2013 verschobenen Maßnahmen durch entsprechende Entnahmen zu finanzieren.

Die Minderaufwendungen bei den Rechts- und Beratungskosten beruhen auf nicht durchgeführten Gutachten im Zusammenhang mit den verschobenen Instandhaltungsmaßnahmen für das LEH sowie den verschobenen IT-Projekten.

Die Mehraufwendungen bei den anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren aus der Abschreibung von Forderungen aus Beiträgen (rund 1,0 Mio. €) wegen Insolvenz oder gegenüber Unternehmen in Liquidation bzw. Unternehmen, die die gewerbliche Tätigkeit nicht mehr ausüben. Des Weiteren fielen nicht planbare Aufwendungen für Wertberichtigungen für die Zuführung zur Rückstellung Jumbo-Veranlagung und weitere Beitragsstreitigkeiten sowie für Steuern für den selbst genutzten Anteil im LEH an.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis wurde durch die erstmalig hier abzurechnende Aufzinsung (2,1 Mio. €) der Pensionsverpflichtungen (Methodenänderung nach BilMoG) erheblich beeinflusst. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang von 1,28 Mio. € festzustellen. Die Beträge für die Aufzinsung wurden beim Personalaufwand eingeplant.

	Ist T€ 2011	Plan T€ 2011	Abweichung T€ 2011	Ist T€ 2010
Finanzergebnis	1.717,2	3.123,4	-1.406,2	2.994,2
davon:				
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.720,9	6.521,1	199,8	6.145,9
Zinsen und ähnliche Erträge	574,5	280,0	294,5	350,5
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	324,1	350,0	25,9	215,9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.254,1	3.327,7	-1.926,4	3.286,3

Die Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens resultieren zu einem erheblichen Anteil aus den beiden der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen (3.866,9 T€).

Die Mehrerträge bei den Zinsen und ähnlichen Erträgen des Umlaufvermögens beruhen auf dem gestiegenen Anlagevolumen.

Von den Abschreibungen auf Finanzanlagen entfallen 55,4 T€ auf eine geänderte Bewertung der Anteile an Publikumsfonds (Anteil an den Finanzanlagen: 1,8 Mio. €). Diese werden nicht mehr mit dem Kurswert zum Stichtag 31. Dezember sondern gemäß dem strengen Niederstwertprinzip mit dem Kurswert, maximal Anschaffungskosten, angesetzt. Des Weiteren sind bei der Position die Abschreibungen der erworbenen Wertpapiere auf den Nennwert angesetzt.

Die Zinsaufwendungen betreffen das zur Refinanzierung der Umfinanzierung aufgenommene LBB-Darlehen und die Finanzierung der erhöhten Baukosten des LEH. Vgl. ergänzend Bilanzposten Passiva – D.1. - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Des Weiteren sind bei der Position die Aufzinsung der Pensionsverpflichtungen (2.123,3 T€) ausgewiesen.

Sonstige Steuern

Bei den sonstigen Steuern sind die Kfz-Steuer und Kapitalertragsteuer für Vorjahre abgerechnet.

Entnahmen aus Rücklagen

Der Rücklage Umstrukturierung und Qualitätssteigerung Personal wurden zur Finanzierung entsprechender Aufwendungen 287,0 T€ entnommen.

Einstellungen in Rücklagen

In die Rücklagen sind **40.606,4 T€** eingestellt worden.

davon entfallen auf Zuführungen gemäß Erfolgsplan:

Ausgleichsrücklage:	481,4 T€
Kredittilgungsrücklage LEH:	17.200,0 T€
Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG:	2.763,6 T€
Liquiditätsrücklage:	500,0 T€
	20.945,0 T€

Aus der Verwendung des Ergebnisses 2010:

Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG:	12.000,0 T€
Kredittilgungsrücklage LEH:	7.661,4 T€
	19.661,4 T€

Ergebnis / Ergebnisverwendungsvorschlag

Zu dem Ergebnis von 8.349,4 T€ haben überplanmäßige Erträge in Höhe von 6.776,6 T€, und gegenüber den Planansätzen geringere Aufwendungen von 1.572,8 T€ beigetragen. Die Mehrerträge resultieren aus dem Beitragsaufkommen und der Auflösung von Rückstellungen.

Die Minderaufwendungen beruhen im Wesentlichen auf der Verschiebung von Maßnahmen für die Instandhaltung des LEH und in der IT. Das gegenüber dem Plan geringere Finanzergebnis beruht auf der Methodenänderung in der Bewertung der Pensionsrückstellungen (Abrechnung der Aufzinsung bei Zinsen und ähnlichen Aufwendungen). Das Ergebnis soll zur Stärkung der Rücklagen verwendet werden. Im Einzelnen schlägt das Präsidium der Vollversammlung vor, folgende Zuführungen zu beschließen:

Rücklage für	
Instandsetzung LEH	1.500.000,00 €
Kredittilgungsrücklage LEH	6.849.409,62 €

Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung dokumentiert die zahlungswirksamen Veränderungen im Geschäftsjahr. Neben dem Cashflow aus der laufenden Tätigkeit werden die Cashflows aus der Investitions- und Finanztätigkeit abgebildet.

Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten

Das Jahresergebnis ist im Wesentlichen durch höhere Erträge und geringere Betriebsaufwendungen als geplant beeinflusst.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2011	2011	2011	2010
Jahresergebnis vor				
außerordentlichen Posten	29.007,4	20.658,0	8.349,4	26.441,1

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von Aktiven und Passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2011	2011	2011	2010
Cashflow aus laufender				
Geschäftstätigkeit	25.230,1	23.817,8	-1.412,3	29.680,6

Cashflow aus der Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Ein- und Auszahlungen für Investitionen im Bereich der Gegenstände des immateriellen Anlagevermögens, den Sachanlagen und des Finanzanlagevermögens auf. Insgesamt wurden in 2011 Investitionen in Höhe von 321 T€ in das immaterielle und 1.046 T€ in das Sachanlagevermögen getätigt.

Die Nichtausschöpfung der Mittel beruht auf einer verzögerten Durchführung der Maßnahmen.

Zum Cashflow aus der Investitionstätigkeit zählen weiter die Veränderungen im Finanzanlagevermögen. Die Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (1.316,9 T€) betreffen die planmäßigen Tilgungen der beiden der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen und die Einlösung von festverzinslichen Wertpapieren. Das erste Darlehen wurde 1997 zur Finanzierung der erhöhten Baukosten, das zweite 2007 im Rahmen der Umfinanzierung des LEH ausgezahlt.

Die Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen betreffen überwiegend die Umwidmung von umlaufendem Vermögen in Finanzanlagen. Diese ist auch ursächlich für den negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2011	2011	2011	2010
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-18.472,0	-19.595,9	-1.123,9	-8.641,8

Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beruht auf planmäßigen Darlehenstilgungen. Es handelt sich um das zur Umfinanzierung des LEH aufgenommene Darlehen bei der Landesbank und das bei der IKB aufgenommene Darlehen zur Finanzierung der erhöhten Baukosten des LEH.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2011	2011	2011	2010
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.850,3	3.848,0	-2,3	-3.850,3

Der Mittelabfluss aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit wird vollständig aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

Finanzmittelbestand am Ende der Periode

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode beträgt 39.884,7 T€.

Sonstige Angaben

Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung der IHK Berlin sind:

Mitglieder des Präsidiums

Dr. Eric Schweitzer (Präsident)

Dr. Beatrice Kramm (Vizepräsidentin)

Andreas Fibig (Vizepräsident)

Ulrich Köster (Vizepräsident)

Gerald Archangeli

Klaus-Peter Bär

Dr. Johannes Evers

Antje Meyer

Ulrich Misgeld

Walter Rasch

Karsten Schulze

Dr. Reinhard Uppenkamp

Tobias Weber

Willy Weiland

Mitglieder der Hauptgeschäftsführung

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)

Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)

Mitarbeiter

Die IHK Berlin beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 234 Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit , das entspricht 215,15 Vollzeitäquivalenten.

